

Senator Loske zum Bahnlärm

- Aus dem Protokoll der Beirätekonzferenz vor der Wahl -

Städtische Forderungen:

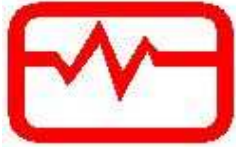
1. Beim Ausbau des Gleises 1 müsse Bremen möglichst ein weitgehendes Entgegenkommen beim Thema „Lärmschutz“ von der Bahn AG auch über die gesetzlichen Vorgaben hinaus entgegengebracht werden.

2. **Umfahrungsverkehre** müssten organisiert werden, wobei man in kurzfristige und langfristige Ziele unterteilen müsste:

Ein kurzfristiges Ziel sei, nicht alle Schienenverkehre über den Bremer Hauptbahnhof abzuwickeln, sondern über die Trasse der nicht bundeseigenen Bahnen. Über Bremerförde wären dies ca. 20 Züge täglich. Dies würde auch die niedersächsische Landesregierung unterstützen.

Langfristig, d.h. in einem Planungszeitraum von zehn bis 20 Jahren, wäre die Planung von Umgehungsstrecken für Verkehre zu den Häfen Wilhelmshaven und dem Jade-Weserport unerlässlich, da diese nicht alle durch den Bremer Hauptbahnhof geleitet werden könnten.

Herr Senator Dr. Loske teilt zum Thema „Umfahrungsstrecken“ mit, dass mit der Deutschen Bahn in Hannover direkt das Gespräch gesucht worden sei. Die Strecke Wilhelmshaven-Oldenburg-Osnabrück sei im letzten Jahr bei einem Treffen mit dem Land Niedersachsen, der Bahn AG und Bremen in Hannover angesprochen worden. Die Bahn AG habe mitgeteilt, dass es sich bei den Verkehren aus den Häfen aus Bremerhaven und aus dem Weser-Jade-Port eher um Süd-Ost-Verkehr handeln würde und nicht um Verkehre, die auf das Ruhrgebiet zu führen. Deshalb müsse man die „alten Umgehungsvarianten“ erneut betrachten. Es sei daraufhin eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben worden, wie Umgehungsstrecken aussehen könnten.



Bundespolitische Forderungen

Das Land Bremen fordert die **Abschaffung des Schienenbonus**. Die Verkehrsmministerkonferenz hat das 2009 einstimmig beschlossen.

Thema „**Zwangsdividende**“: Die Bahn muss jedes Jahr 500 Mio. € an den Bundeshaushalt abführen; nicht für Verkehr, sondern um die Schuldenbremse einhalten zu können. Die Verkehrsminister der Länder kritisieren, dass die Gelder größtenteils aus dem Bereich DB Netz stammen, in dem ohnehin ein großer Investitionsstau zu verzeichnen sei. Das Land Bremen hat auch, zusammen mit Berlin und Rheinland-Pfalz, 2011 einen Antrag im Bundesrat eingebracht, dass diese „Zwangsdividende“ aufgehoben werden solle.

Senator Loske plädierte für eine **Umrüstung der Fahrzeuge** mit diesem Geld: Wenn die Bundesregierung auf die „Zwangsdividende „ verzichten würde, könnte dieses Geld für Fahrzeugbeschaffung und Trassenunterhaltung verwendet werden.“ Innerhalb von fünf Jahren könnte eine solche Umrüstung durchgeführt werden.

Die Verkehrsminister der Länder setzen sich auch für **lärmbezogene Trassenpreise** ein.

(- Inzwischen gibt es eine Verabredung zwischen dem Bundesverkehrsminister und der Bahn zur Einführung von lärmabhängigen Trassenpreisen ab Ende 2012. -)

Bremen setzte sich ein für die **Umstellung auf „Flüsterbremsen“**. Es gäbe derzeit ca. 140.000 Fahrzeuge, die umgerüstet werden müssten. Staatliche Hilfe könne nicht fließen, da die EU von einen sog. „Beihilfetatbestand“ ausgehe. Diese Hürde (Artikel 107 AEUV) müsse weg.

Und nach der Wahl?

Wir fordern den neuen Umweltsenator auf, an die Aussagen seines Vorgängers anzuknüpfen!